

Antrag

der Abgeordneten Benjamin Strasser, Stephan Thomae, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Frank Schäffler, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Zukunft der Feuerwehren modern und attraktiv gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die über eine Million Angehörigen der Feuerwehren leisten einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Neben dem klassischen Aufgabenbereich des Brandschutzes leisten sie Hilfe bei Unfällen, Überschwemmungen oder anderen vergleichbaren Ereignissen. Besonders im ländlichen Raum spielen die rund 22.350 Feuerwehren zudem eine zentrale Rolle im kulturellen und sozialen Leben der Menschen.

Doch auch die Feuerwehren sehen sich erheblichen Herausforderungen ausgesetzt. 95 Prozent der Angehörigen der Feuerwehren engagieren sich ehrenamtlich. Vielen Menschen fällt es jedoch immer schwerer, eine ehrenamtliche Tätigkeit in ihren schulischen oder beruflichen Alltag zu integrieren. Zudem wirkt sich auch der demographische Wandel auf die Nachwuchszahlen bei den Feuerwehren aus. Um das auf dem System der Ehrenamtlichkeit basierende Feuerwehrwesen in Deutschland zu erhalten, ist daher ein Schwerpunkt auf die Nachwuchsförderung zu setzen. Besonders für junge Menschen müssen positive Anreize geschaffen werden, sich ehrenamtlich zu engagieren. Des Weiteren ist es erforderlich, Strategien zu entwickeln, die Tätigkeit bei den Feuerwehren für Frauen attraktiver zu gestalten. Aktuell sind unter 10 Prozent der Aktiven weiblich. Einen weiteren wichtigen Aspekt der Nachwuchsförderung bildet die

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Vor dem Hintergrund, dass in vielen Ländern das System der Freiwilligen Feuerwehren unbekannt ist, sollten sich Werbe- und Informationskampagnen gezielt an Menschen mit Migrationshintergrund richten, um auch diese auf die Tätigkeit bei den Feuerwehren aufmerksam zu machen. Auf diese Weise kann nicht nur eine wichtige Stärkung des Feuerwehrwesens in Deutschland erfolgen, sondern auch die Integration in die deutsche Gesellschaft erleichtert werden.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht zudem im Bereich der öffentlichen Anerkennung der Arbeit der Feuerwehren. Die Angehörigen der Feuerwehren sehen sich einem zunehmenden Respektverlust in der Bevölkerung ausgesetzt. Obwohl sie ihr eigenes Leben gefährden, um anderen Menschen zu helfen, werden sie oftmals beleidigt oder sogar tödlich angegriffen. Diesen erschreckenden Entwicklungen muss entschieden entgegengetreten werden.

Von erheblicher Bedeutung für den Erfolg der Arbeit und für die Sicherheit der Angehörigen der Feuerwehren ist außerdem eine vollständige und moderne Ausstattung. Auch wenn der Brandschutz in der Zuständigkeit der Kommunen liegt, ergänzt der Bund gemäß dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz die Ausstattung der Katastrophenschutzeinheiten der Länder – auch in dem Aufgabenbereich Brandschutz. Allerdings kommt der Bund seiner Verpflichtung nur langsam nach. Von den derzeit zur Schließung der Ausstattungslücke im Brandschutzbereich in Beschaffung befindlichen 336 Löschgruppenfahrzeugen (LF-KatS) und 94 Schlauchwagen Katastrophenschutz (SW-KatS) wurden, nach Angaben der Bundesregierung, noch keine Fahrzeuge an die Länder ausgeliefert (Stand: 10. April 2019, vgl. Bundestagsdrucksache 19/9412).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel:

1. die technische Ausstattung der Feuerwehren zu verbessern und zu modernisieren, indem
 - a. die fehlenden Fahrzeuge für den Brand- und Katastrophenschutz an die Länder ausgeliefert werden;
 - b. den Einsatz von modernen Technologien, wie z. B. Drohnen zur besseren Beurteilung von Einsatzlagen oder für die Suche nach vermissten Personen, zu fördern;
2. Vorkehrungen zu treffen, um eine schnellere Beschaffung und Bereitstellung der Fahrzeuge für den Brandschutz an die Länder sicherzustellen;
3. Strategien zu entwickeln und Projekte zu unterstützen, die sich der Nachwuchsförderung im Bereich der Feuerwehren widmen, insbesondere durch
 - a. das Angebot einer finanziellen Unterstützung z. B. in Form eines Stipendiums, von Schülern und Studenten, die sich ehrenamtlich engagieren;
 - b. zusammen mit den zuständigen Landesministerien die Möglichkeit zu schaffen, ein langjähriges ehrenamtliches Engagement in Form eines Wartesemesters anzurechnen;
 - c. ein gezieltes Ansprechen und Werben für das ehrenamtliche Engagement in verschiedenen sozialen Milieus, um auf diesem Weg Personen zu erreichen, die mit der ehrenamtlichen Tätigkeit bisher nicht in Berührung gekommen sind,
4. Forschungsvorhaben zu entwickeln und zu unterstützen, deren Ziel es ist herauszufinden, wie die ehrenamtliche Tätigkeit bei den Feuerwehren für bestimmte Personengruppen attraktiver gestaltet werden kann, mit einer Schwerpunktsetzung auf folgende Bereiche:

- a. Möglichkeiten die ehrenamtliche Tätigkeit im Bevölkerungsschutz für Frauen attraktiver zu gestalten;
 - b. Möglichkeiten mehr Menschen mit Migrationshintergrund auf das Engagement bei den Feuerwehren aufmerksam zu machen und für das ehrenamtliche Engagement zu motivieren, auch unter dem Aspekt ihnen die Integration in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern;
 - c. Hindernisse, wie sprachliche oder kulturelle Barrieren, die Menschen mit Migrationshintergrund von einem Mitwirken in den Feuerwehren abhalten, zu erkennen und zu beseitigen;
5. Initiativen der Feuerwehren zu unterstützen, die sich gegen die zunehmenden Fälle von Gewalt gegen Einsatzkräfte und dem Respektverlust in der Bevölkerung gegenüber den Angehörigen der Feuerwehren richten.

Berlin, den 25. Juni 2019

Christian Lindner und Fraktion

